

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid****am 04.07.2016****im Ratssaal****Anwesend:****Vorsitz des Rates:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Güner Cebir
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Fabian Ferber
Ratsherr Dirk Franke
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsfrau Sandra Manß
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsherr Philipp Siewert
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Barbara Tünsmeier
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß
Ratsherr Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsfrau Michaela Dötsch
Ratsfrau Ingrid Fischer
Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Timothy Kahler
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsherr Björn Schöttler

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsfrau Kirsten Petereit
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler
Herr Martin Bärwolf
Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack
Herr Edgar Weinert
Herr Martin Walter

Herr Frank Reinshagen

Frau Brigitte Böttcher, Personalrat

Herr Gunnar Kolbe, Personalrat

Frau Christin Spangenberg, Personalrat

anwesend bis Tagesordnungs-
punkt 2.1 der nicht öffentlichen
Sitzung

anwesend bis Tagesordnungs-
punkt 2.1 der nicht öffentlichen
Sitzung

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

anwesend bis Tagesordnungs-
punkt 3 der nicht öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Rüdiger König
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsfrau Monika Oettinghaus
Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Beigeordneter Thomas Ruschin

Beginn: 17:12 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

1.1. Überdachung der Bushaltestellen am Sauerfeld

Herr Thiel bezieht sich darauf, dass er bereits vor zwei Jahren sowie am 09.11.2015 in der öffentlichen Fragestunde der Ratssitzung kritisiert habe, dass am Sauerfeld keine überdachten Haltestellen vorhanden seien

Die Mittel für die Überdachungen stünden laut Bürgermeister Dzewas zur Verfügung.

Fachbereichsleiter Bärwolf habe in der Sitzung am 09.11.2015 mitgeteilt, dass die Überdachungen gestalterisch zu der Gesamtplanung des Sauerfeldes passen müssten. Die Verwaltung prüfe zurzeit entsprechende Möglichkeiten. Eine Errichtung der Unterstellmöglichkeiten könne erst im Frühjahr / Sommer 2016 erfolgen.

Er frage daher erneut an, wann die zugesagten Überdachungen errichtet würden.

Bürgermeister Dzewas sagt Herrn Thiel eine zeitnahe Unterrichtung zum aktuellen Sachstand durch den Fachbereich Planen und Bauen zu.

2. Bildung eines Ältestenrates

Gemäß der Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid vom 20.06.2011 in der Fassung vom 24.05.2014 bildet der Rat für die Zeit der Parlamentsferien einen Ältestenrat, in den auf Vorschlag der Fraktionen gewählt werden:

SPD: **für die gesamte Ferienzeit:**
Ratsherr Voß

Vertretung für die gesamte Ferienzeit:
Ratsfrau Hertel
Ratsherr Eggermann

CDU: **für die 1. Ferienhälfte:**
Ratsherr Fröhling

für die 2. Ferienhälfte:
Ratsherr Schöttler

Vertretung für die gesamte Ferienzeit:
Allgemeine Vertretungsliste

Bündnis 90/
Die Grünen: **für die gesamte Ferienzeit:**
Ratsherr Bodenheimer

Vertretung für die gesamte Ferienzeit:
Allgemeine Vertretungsliste

FDP: **für die gesamte Ferienzeit:**
Ratsherr Holzrichter

Vertretung für die gesamte Ferienzeit:
Ratsherr Wülfrath

DIE LINKE: **für die gesamte Ferienzeit:**
Ratsherr Thomas-Lienkämper

Vertretung für die gesamte Ferienzeit:
Ratsherr Kut

Alternative für **keine Benennung**
Lüdenscheid:

3. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2017
Vorlage: 115/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2017 werden vier Ausbildungsverhältnisse für den Beruf der/des Verwaltungsfachangestellten, eines für den Beruf der/des Fachinformatiker/in, eines für den Beruf der/des Immobilienkauffrau/-mann und drei im Beamtenverhältnis auf Widerruf für den gehobenen nichttechnischen Dienst begründet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

4. Entwurf des Jahresabschlusses 2015
Vorlage: 087/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der durch den Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2015 wird zur Kenntnis genommen und zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

5. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Jahresergebnisses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid für das Jahr 2015
Vorlage: 082/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid zum 31.12.2015 sowie der Lagebericht werden in der vorgelegten Form mit einer Bilanzsumme von 8.463.583,41 Euro und einem Jahresüberschuss von 129.296,94 Euro festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss 2015 des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid in Höhe von insgesamt 129.296,94 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

6. Entlastung des Werksausschusses für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) für das Jahr 2015
Vorlage: 097/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Den Mitgliedern des Werksausschusses für den Stadtreinigungs-, Transport und Baubetrieb Lüdenscheid wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

7. Zukünftige Qualifikation im Rettungsdienst der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 090/2016

**7.1. Zukünftige Qualifikation im Rettungsdienst der Stadt Lüdenscheid/
1. Ergänzung**
Vorlage: 090/2016/1

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Stadt Lüdenscheid hält am Konzept einer gemeinsamen Feuer- und Rettungswache fest. Die Flexibilität der Einsetzbarkeit des verbeamteten Personals der Feuer- und Rettungswache durch die grundsätzliche Einsetzbarkeit in allen Funktionen des Brandschutzes und des Rettungsdienstes soll auch nach der Einführung des Berufsbildes des Notfallsanitäters gewährleistet bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

8. Bericht über die Schutzzielerreichung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 093/2016

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass es folgende redaktionelle Korrektur im 5. Absatz, Satz 1 des Berichtes gebe:

(Die Definition des Schutzziels 2 der Bezirksregierung Arnsberg basiert auf den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter Berufsfeuerwehren zur qualitativen Brandschutzbedarfsplanung (9 10 Funktionen in 8 Minuten am Einsatzort))

Anschließend nehmen die Mitglieder des Rates den Bericht über die Schutzzielerreichung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid zur Kenntnis.

9. Erhöhung der Verpflegungsentgelte Friedensschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen
Vorlage: 113/2016

In einer persönlichen Erklärung gegenüber Bürgermeister Dzewas erklärt sich Ratsfrau Tschöke für befangen und nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei zwei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE. folgenden

Beschluss:

1. Der Schul- und Sportausschuss / der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zu Konsolidierungsmaßnahme Nr. 8 a - Erhöhung der Verpflegungsentgelte in der Hauptschule Stadtpark zur Kenntnis.
2. Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt / der Rat beschließt:

Die Verpflegungsentgelte für die Friedensschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen, werden wie folgt festgelegt:

Verpflegungsentgelt Schüler/in:

ab 01.08.2016: 2,40 €/Essen

ab 01.08.2017: 2,75 €/Essen

Verpflegungsentgelt Lehrer/in:

ab 01.08.2016: 3,75 €/Essen

Geschwisterkinder entrichten ab 01.08.2016 das jeweils gültige volle Verpflegungsentgelt/Essen.

Empfänger von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket entrichten 1,00 € Eigenanteil pro Essen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42
Nein-Stimmen: 2
Befangen: 1

10. Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Grundschulen der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 116/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Grundschulen der Stadt Lüdenscheid wird in der als Anlage 1 beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

11. Bebauungsplan Nr. 745 "Kreiskrankenhaus Hellersen", 2. Änderung - beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB; Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweise; Satzungsbeschluss Vorlage: 085/2016

Vor Eintritt in die Beratung macht Bürgermeister Dzewas darauf aufmerksam, dass der Plan zur Einsichtnahme im Sitzungssaal aushängt. Ferner verweist er auf die Befangenheitsvorschriften des § 31 in Verbindung mit § 43 (2) Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen und bittet um Beachtung.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei zwei Stimmenthaltungen der Fraktion DIE LINKE. folgenden

Beschluss:

- I. Zu den während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 745 „Kreiskrankenhaus Hellersen“, 2. Änderung abgegebenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweisen wird wie folgt Stellung genommen:

Schreiben des Märkischen Kreises – Fachdienst Bauen und Planung vom 17.05.2016

Der Fachdienst 44 – Untere Wasserbehörde des Märkischen Kreises weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die Märkische Kliniken GmbH für die auf ihrem Grundstück liegenden 18,4 km Kanalisation mit einer angeschlossenen Bruttofläche von ca. 24,3 ha verantwortlich sind. Zu diesen Flächen gehört auch das Planänderungsgebiet.

Im März 2012 hat die Untere Wasserbehörde abwasserrechtlich Forderungen (Anzeige des Kanalisationsnetzes, Selbstüberwachungsanweisung, Antrag für eine Niederschlagswassereinleitung in den „Bremecke Bach“) gegenüber der Märkische Kliniken GmbH formuliert und entsprechende Planunterlagen angefordert. Diese Unterlagen liegen der Unteren Wasserbehörde seit dem 03.03.2016 mangelbehaftet vor.

Insofern stellt die Fachbehörde in ihrem Schreiben fest, dass hinsichtlich der Kanalisation sachlich und rechtlich kein geregelter Zustand vorliegt.

Stellungnahme:

Mit dem Landeswassergesetz NW (LWG NW) und der „Verordnung über die Selbstüberwachung von Abwasseranlagen – Selbstüberwachungsverordnung Abwasser“ (SüwVO-Abw) besitzt die Untere Wasserbehörde zwei Rechtsgrundlagen, um im Fall der Kanalisation der Märkische Kliniken GmbH Anforderungen und Planunterlagen einzufordern und nach einer entsprechenden fachlichen Prüfung Zustimmungen und Genehmigungen zu erteilen. Insofern liegt die fachliche Zuständigkeit zur Durchsetzung der Anforderungen gegenüber dem Betreiber der Kanalisation – hier die Märkische Kliniken GmbH – bei der Unteren Wasserbehörde.

Der abschließende Festsetzungskatalog des § 9 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) sieht hierzu keinerlei Regelung vor. Auch die Baunutzungsverordnung (BauNVO) enthält keinerlei Vorschriften oder Rechtsgrundlagen für derartige abwasertechische Regelungen. Insofern lässt sich die bisher mangelbehaftete Einreichung von Kanalunterlagen durch die Bauleitplanung nicht regeln. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 745 ist dazu nicht das geeignete Instrument. Eine abschließende Regelung erfolgt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens.

Die Anregungen des Märkischen Kreises können daher nicht in den Bebauungsplan aufgenommen werden.

- II. Gemäß § 10 Abs. 1 in Verbindung mit § 13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist, sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV NRW S. 496), wird der Bebauungsplan Nr. 745 „Kreiskrankenhaus Hellersen“, 2. Änderung vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die dazugehörige Begründung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 43 |
| Enthaltungen: | 2 |

**12. Beteiligung der MVG an weiteren Gesellschaften
Vorlage: 107/2016**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH
- 2) Gründung der WestfalenTarif GmbH
- 3) Entsendung eines Vertreters in die Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH

1) Unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der zuständigen Bezirksregierung,

1.a wird der Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH auf der Grundlage des als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrages, an der der Märkische Kreis mittelbar beteiligt sein wird, zugestimmt.

1.b wird der/die Vertreter/in der Stadt Lüdenscheid in der Gesellschafterversammlung der MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH beauftragt, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziffer 1.a beschriebenen Maßnahmen – insbesondere eine Zustimmung zum Abschluss des als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrags – in der Gesellschafterversammlung der MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH abzugeben.

2) Unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Detmold.

2.a wird der Gründung der WestfalenTarif GmbH auf der Grundlage des als Anlage 2 beigefügten Konsortialvertrages und des als Anlage 3 beigefügten Gesellschaftsvertrages durch die Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH, an der die Stadt Lüdenscheid mittelbar beteiligt sein wird, zugestimmt.

2.b wird der/die Vertreter/in der Stadt Lüdenscheid in der Gesellschafterversammlung der MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH beauftragt, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziffer 2.a beschriebenen Maßnahmen – insbesondere eine Zustimmung zum Abschluss des als Anlage 2 beigefügten Konsortialvertrags sowie des als Anlage 3 beigefügten Gesellschaftsvertrags – in der Gesellschafterversammlung der MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH abzugeben.

3) Gemäß § 7 Abs. 5 des unter 1a genannten Gesellschaftsvertrages der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH wird die Bestellung eines Mitgliedes der Geschäftsführung der MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH als Vertreter des Gesellschafters MVG Märkische Verkehrsgesellschaft in die Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

13. Änderung der Vertretung der Stadt in Beteiligungsunternehmen – Aufsichtsrat Lüdenscheider Wohnstätten AG Vorlage: 065/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1) Die Amtszeit des Aufsichtsratsmitgliedes Rolf Breucker endet mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung in 2016. Für die anschließende Amtszeit als Mitglied im Aufsichtsrat der Lüdenscheider Wohnstätten AG wird erneut Ratsherr Rolf Breucker vorgeschlagen.

- 2) Der/die Vertreter/in der Stadt Lüdenscheid in der Hauptversammlung wird angewiesen, in der Hauptversammlung die benannte Person unter Punkt 1) vorzuschlagen und für diesen Wahlvorschlag zu stimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**14. Vertretung der Stadt Lüdenscheid in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen (Mitgliedschaftsrechte)
Vorlage: 109/2016**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Zur Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte in Organen, Beiräten oder Ausschüssen der Juristische Personen oder Personenvereinigungen, in denen die Stadt Lüdenscheid vertreten ist, wird folgende Vertreterin gem. § 50 Abs. 2 GO NW gewählt:

- **Angliederungsgenossenschaft „Eigenjagdbezirk Oedenthalerhagen“**
- Frau Kaschke

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**15. Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 110/2016**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Auf Vorschlag des Stadtjugendrings Lüdenscheid e.V. wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid in den

Jugendhilfeausschuss:

Frau Stefanie Schröder als stimmberechtigtes Mitglied anstelle von Frau Leonie Böhse.

Frau Leonie Böhse als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für Frau Stefanie Schröder.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

Bürgermeister Dzewas hat kein Stimmrecht.

**16. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln HJ 2016
hier: Umgestaltung des Kindergäßchens
Vorlage: 112/2016**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Bewilligung von 50.000 € bei Produktsachkonto H 01020702 - 7852000 „Kindergäßchen“ wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei dem Auftragskonto F 01020702 - 7852000 „Friedhofstraße“. Darüber hinaus wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme „Kindergäßchen“ bereitgestellt. Die Deckung ist durch Verschiebung der Maßnahme „Dukatenweg“, Auftragskonto G 01020702 – 7852000, gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

**17. Antrag der CDU-Fraktion vom 15.06.2016;
- Installation eines Flachbildschirms im Bürgerforum zur Nutzung nicht-kommerzieller Werbung für Veranstaltungen
- Prüfung der Voraussetzungen: Projektion von Veranstaltungshinweisen auf die Rathausfassade durch einen Beamer**

Der Punkt wurde zu Beginn der öffentlichen Sitzung von der Tagesordnung genommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 15.06.2016 wird in der ersten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt nach den Sommerferien behandelt.

**18. Resolution der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP;
Beibehaltung der Güterverkehrsstelle in Brügge**

Nach Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fordert von der Deutschen Bahn die Beibehaltung der Güterverkehrsstelle 83758 Brügge (Westf.) und deren Infrastruktur.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45

19. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

19.1. Bekanntgaben

19.1.1. Aktuelle Übersicht zum Stellenabbau im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass die von Ratsherrn Kahler in der öffentlichen Sitzung des Rates am 23.05.2016 zu Punkt 5.1 „Stellenabbau lt. Haushaltssicherungskonzept (HSK) des Tagesordnungspunktes „Prüfung der Möglichkeiten und Auswirkungen einer organisatorischen Zusammenführung der Fachdienste „Personal“ und „Organisation und IT“ gewünschte aktuelle Übersicht in das Ratsinformationssystem eingestellt worden sei.

Im Anschluss gehen Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler und Bürgermeister Dzewas auf Nachfragen von Ratsherrn Kahler zu der vorgelegten Übersicht ein.

19.1.2. Sitzungskalender 2017 für Rat und Hauptausschuss

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass der Sitzungskalender 2017 für Rat und Hauptausschuss in das Ratsinformationssystem eingestellt sowie an die Ratsmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, versandt worden sei.

19.2. Beantwortung von Anfragen

19.2.1. Poller in der Hardenbergstraße

Ratsherr Dudas teilt zur Beantwortung seiner Anfrage in der öffentlichen Sitzung des Rates am 25.04.2016 (Anlage 1 zur Niederschrift) mit, dass die Poller am 29.06.2016 um 10:00 Uhr noch nicht fest eingebaut gewesen seien.

19.2.2. Beidseitig parkende LKW an der B 229 trotz Halteverbots

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn König in der öffentlichen Sitzung des Rates am 23.05.2016 ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

19.3. Anfragen

19.3.1. Schriftliche Anfrage des Ratsherrn Schöttler; Fragen rund um die Lüdenscheider Altstadt

Ratsherr Schöttler trägt seine schriftliche Anfrage (Anlage 3 zur Niederschrift) vor.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

Fachbereichsleiter Bärwolf erkundigt sich zu Punkt 3) der Anfrage, ob mit der Anzahl der ungedeckten Stellplätze pro Immobilie nur Wohneinheiten gemeint seien oder ob auch Kultur- und Bildungseinrichtungen, Handel, Gewerbe etc. einbezogen werden sollten. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Frage so nicht beantwortet werden könne, da es in der Altstadt sehr viele Gebäude gebe, die vor der Bauordnung errichtet worden und daher von der Stellplatzpflicht ausgenommen seien. Die Verwaltung könne aber jeweils die Anzahl der vorhandenen Wohneinheiten und Stellplätze in der Altstadt ermitteln und diese ins Verhältnis setzen.

Ratsherr Schöttler stimmt dieser Vorgehensweise zu.

19.3.2. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion; Verkehrssituation in der Lisztstraße

Ratsherr Fröhling trägt Einzelheiten zu der schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion (Anlage 4 zur Niederschrift) vor.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

19.3.3. Anfrage des Ratsherrn Haase; Verwendung des Stadtwappens

Ratsherr Haase bezieht sich auf die schriftliche Anfrage des Ratsherrn Schöttler, die zwar auf dem Kopfbogen der CDU-Fraktion geschrieben worden, aber trotzdem von Ratsherrn Schöttler als einzelnes Ratsmitglied gestellt worden sei.

Er frage daher an, wieso Ratsherr Schöttler das Stadtwappen verwenden dürfe, obwohl dies seit 2011 gemäß Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid nicht mehr zulässig sei.

Bürgermeister Dzewas sagt Klärung zu.

gez. Dieter Dzewas

gez. Kerstin Marré

Vorsitzender

Schriftführerin